

Feinstaubkonzentration soll sinken

Weltgesundheitsorganisation empfiehlt strengere Grenzwerte – mehrere Bremer Messstationen liegen darüber

VON KATIA BACKHAUS

Bremen. Bei der Luftqualität stehen Bremen und Niedersachsen aktuell gut da: Im Corona-Jahr 2020 wurden alle gesetzlichen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid eingehalten. Legt man allerdings die verschärften Grenzwerte an, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nun empfiehlt, sieht das anders aus. Laut Umweltbundesamt registrierten 2020 im Jahresmittel 83 Prozent aller Messstationen in Deutschland einen Stickstoffdioxid-Wert oberhalb des neuen WHO-Grenzwerts. Beim größeren Feinstaub PM10 waren es demnach 36 Prozent, bei der PM2,5-Variante 99 Prozent.

Bereits seit Jahren fordert die WHO strengere Vorgaben für den Ausstoß von Stickstoffdioxid, Feinstaub und weiteren Schadstoffen als die Europäische Union. Für die EU – und damit auch Deutschland – gilt derzeit, dass aufs Jahr gerechnet maximal 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid (NO2) pro Kubikmeter Luft emittiert werden dürfen. Beim Feinstaub sind es je nach Partikelgröße ebenfalls 40 Mikrogramm (Durchmesser weniger als zehn Mikrometer, PM10) beziehungsweise 25 Mikrogramm (PM2,5) pro Kubikmeter Luft jährlich. Die WHO fordert nun, diese Werte auf ein Maximum von zehn Mikro-

„Kohlenmonoxide und Stickoxide können Entzündungen der Atemwege hervorrufen.“

Prof. Dieter Ukena, Chefarzt des Bremer Zentrums für Lungenmedizin

gramm beim Stickstoffdioxid und beim Feinstaub auf 15 (PM10) und fünf Mikrogramm (PM2,5) zu senken. Das entspricht einer Reduzierung von bis zu 80 Prozent des jeweiligen Schadstoffausstoßes.

Zusätzlich soll laut WHO für NO2 ein 24-Stunden-Höchstwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft gelten. Legt man diesen Maßstab an die aktuellen Werte der neun Bremer Luftmessstationen an, ergibt sich, dass es am vergangenen Freitag an zwei der drei verkehrsnahen Messpunkte Überschreitungen gegeben hätte: An der Straße Am Dobben registrierte die Station binnen 24 Stunden 33 Mikrogramm Stickstoffdioxid und an der Cherbourger Straße in Bremerhaven 44 Mikrogramm.

Die niedersächsischen Städte Hannover und Osnabrück überschritten zuletzt 2019 den aktuell gültigen Stickstoffdioxidgrenzwert mit 43 beziehungsweise 44 Mikrogramm pro Kubikmeter. Beim PM2,5-Feinstaub liegen sie laut der Europäischen Umweltagentur in einem guten Bereich: In Hannover wurden in den vergangenen beiden Jahren im Schnitt 8,63 Mikrogramm Feinstaub jährlich gemessen, in Osnabrück 8,67 Mikrogramm. Bremen liegt mit 10,22 Mikrogramm im moderaten Bereich, ebenso wie Bremerhaven (10,04). Alle vier Städte jedoch würden die neue WHO-Empfehlung von fünf Mikrogramm deutlich überschreiten.

Bremens Umweltsenatorin Maïke Schaefer (Grüne) spricht sich dafür aus, die strengeren Grenzwerte ernst zu nehmen: „Die neuen Leitlinien sollten tatsächlich konsequent umgesetzt und aus den Leitlinien die entsprechenden Maßnahmen abgeleitet werden, beispielsweise eine Verkehrswende und die damit einhergehende Stärkung des Umweltverbundes, bestehend aus dem öffentlichen Nahverkehr, dem Fahrrad- und



Grenzwerte für Schadstoffe in der Luft sollen nach Empfehlung der WHO deutlich nach unten korrigiert werden.

FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

Fußverkehr.“ In Bremen sollen Fahrradpremiumrouten, zusätzliche Fahrradbrücken und ein höherer Takt im ÖPNV für bessere Luftqualität sorgen. Zudem werde derzeit ein ticketloser Nahverkehr beziehungsweise die Einführung eines 365-Euro-Tickets geprüft, so Schaefer.

Martin Rode, Geschäftsführer des BUND Bremen, hält die Reduzierung der Grenzwerte für den richtigen Weg. Die WHO signalisiere damit, dass bei der Einsparung von Emissionen kein Ausruhen angesagt sei, sagt er.

KOMMENTAR

Regeln anpassen



Katia Backhaus über Luftqualität

Die WHO rät dazu, die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickstoffdioxid deutlich herabzusetzen. Reicht es nicht mal mit den immer schärferen Regeln?

Nein. Nicht ohne Grund wird seit vielen Jahren bundesweit an Messstationen überprüft, wie die Luftqualität ist und wie sie von Verkehr und Industrie beeinflusst wird. Nicht ohne Grund gibt es Umweltzonen, die Verkehrsemissionen in den Städten begrenzen sollen. Studien zeigen

Schadstoffbelastung sei nicht nur an den Messstellen, sondern flächendeckend vorhanden. Wo eine hohe Verkehrskonzentration auf viele Menschen treffe, die dort wohnen oder arbeiten, bestünden die größten Problemereiche. Häufig lebten an diesen Orten Menschen mit weniger Geld, was dem Thema eine zusätzliche soziale Komponente verleihe.

Eine Sprecherin des Verbands der Automobilindustrie erklärt, die Branche fühle sich den Pariser Klimaschutzziele verpflichtet und sei bereits gut vorangekommen: „Seit

1990 ist die Emissionsentwicklung von Stickoxiden im Verkehrssektor in Deutschland um 68 Prozent gesunken. In den kommenden Jahren ist durch die bestehende Emissionsgesetzgebung eine weitere Verbesserung zu erwarten.“ Um die Schadstoffreduktion im Straßenverkehr zu fördern, entwickelten die Unternehmen der deutschen Automobilindustrie „modernste Technologien, unter anderem zur effizienten Abgasreinigung sowie zur Reduktion des Bremsabriebs“.

Zur Begründung für die neue Empfehlung zieht die WHO unter anderem die vor Kurzem publizierte Langzeituntersuchung des europaweiten Forschungsprojekts „Elapse“ heran. Diese zeigt Zusammenhänge zwischen der chronischen Belastung mit PM2,5-Feinstaub, Ruß oder NO2 und einer vorzeitigen Sterblichkeit auf. Dies gelte für alle natürlichen Todesursachen und für Lungenkrebs, Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Ein erhöhtes Gesundheitsrisiko durch NO2 bestehe schon bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter.

„Ausgestoßene Kohlenmonoxide und Stickoxide können Entzündungen der Atemwege hervorrufen“, erklärt Dieter Ukena, Chefarzt des Bremer Zentrums für Lungenmedizin. In der Folge steige das Herzinfarktrisiko. In Innenräumen entstehe häufig eine noch höhere Feinstaubkonzentration als draußen: „Besonders die ultrafeinen Partikel können hier zum Gesundheitsproblem werden, denn sie dringen bis in die Lungenbläschen vor, wo sie umso größeren Schaden anrichten können.“

CDU fordert mehr Tempo bei Wohngeldanträgen

Warterei für die Betroffenen als „unwürdigen Zustand“ kritisiert – Ende Juli lagen 3900 offene Anträge vor

VON FELIX WENDLER

Bremen. Die Bürgerschaftsfraktion der CDU fordert vom Senat konkrete Lösungen in Sachen Wohngeld. Anlass ist die Senatsantwort auf eine Anfrage der CDU, in der das Bauresort teils monatelange Wartezeiten bei Wohngeldanträgen bestätigt. „Die Menschen sind auf das Wohngeld angewiesen und abhängig von einer zügigen Bearbeitung“, sagt Sigrid Grönert, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Die Warterei sei für die Betroffenen ein „unwürdiger Zustand“, so Grönert, „der Senat gibt sich sozial, der Output ist bei der Gewährung von Wohngeld allerdings das krasse Gegenteil davon.“

Der Antwort zufolge lagen der Wohngeldstelle, die zum Ressort von Bausenatorin Maïke Schaefer (Grüne) gehört, Ende Juli 3900 offene Anträge vor – die meisten davon

aus diesem Jahr. Im Regelbetrieb sei eine Entscheidung über die Anträge innerhalb von zwei Monaten möglich. Sofern alle Unterlagen vorliegen würden, könne der Bescheid auch in wenigen Wochen erfolgen, heißt es in der Antwort. In der Praxis sieht es schon seit einiger Zeit anders aus. Die Wohngeldstelle ist personell unterbesetzt, was auch die Behörde bestätigt. Aktuell würden daher von der Antragstellung bis zur ersten Prüfung sieben Monate vergehen. Müssen die Sachbearbeiter fehlende Unterlagen anfordern, könne es bis zur Entscheidung zehn Monate dauern.

„Aus vollmundigen Ankündigungen, das Wohngeld stärken zu wollen, sind stets nur Lippenbekenntnisse geblieben. Die aktuellen Bearbeitungszeiten zei-

gen dringenden Handlungsbedarf“, sagt Grönert. Die CDU-Politikerin bemängelt lange gewachsene Missstände. Seit Jahren sei die Wohngeldstelle unterbesetzt. Laut Senat sind 25 Mitarbeiter für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen zuständig. Aus dem Bauresort hieß es Ende Juli, dass die Anwesenheitsquote coronabedingt in den vergangenen Monaten sehr häufig bei 50 bis 60 Prozent gelegen habe. Es sei zeitweise nicht möglich gewesen, in Teams zu arbeiten. Zudem verweist die Behörde auf eine seit Jahren steigende Anzahl von Anträgen.

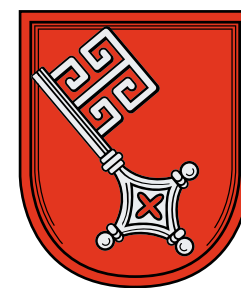
Die CDU hat mit ihrer Anfrage auch auf die Personalplanung in der Wohngeldstelle abgezielt. Aktuell seien mehrere befristete und unbefristete Stellen ausgeschrieben, heißt es in der Ant-

wort. Zudem gebe es Überlegungen, eine zusätzliche Führungskraft anzustellen. Ende des Jahres sollen diese Stellen besetzt sein. Die Behörde betont aber auch, über die Neubesetzungen hinaus keinen Stellenbedarf zu sehen. Andererseits habe man Bedarf an sogenannten Pool-Kräften bei der Finanzbehörde angemeldet. In den vergangenen Jahren hatte das Finanzressort immer wieder Mitarbeiter abgestellt, um die Wohngeldstelle personell zu entlasten. Aktuell sei das allerdings nicht der Fall.

„Man kann nicht jahrelang erfolglos Besserung in Aussicht stellen. Es muss sofort etwas getan werden, damit Wohngeldberechtigte sich nicht beim Jobcenter melden oder bei Verwandten Geld zur Überbrückung leihen müssen“, fordert Grönert. Die CDU-Fraktion teilt mit, das Thema Wohngeld mit einem entsprechenden Antrag in die kommende Bürgerschaft einbringen zu wollen.



Sigrid Grönert FOTO: KOCH



Die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Die glaubt niemand!
MAX FRISCH (1911 – 1991)

Polizei wieder im Dauereinsatz

Bei Überfall mit Messer verletzt

Bremen. Die Polizei hatte am Wochenende wieder zwei arbeitsreiche Nächte. Allein in der Zeit von 21 Uhr am Sonnabend bis Sonntag um 6 Uhr wurden in der Leitstelle im gesamten Stadtgebiet mehr als 200 Einsätze registriert. Rund um den Osterdeich kam es zu mehreren Eigentums- und Gewaltdelikten.

Um kurz nach 1 Uhr am Sonnabend gieren zwei Gruppen an der Blücherstraße aneinander. Dabei setzte ein Unbekannter Pfefferspray ein. Vier Frauen und ein Mann im Alter von 20 bis 22 Jahren erlitten leichte Verletzungen. Der Täter trug eine orangefarbene Jacke und flüchtete in Richtung Osterdeich.

Schwerpunkt Osterdeich

Dort lag in beiden Nächten ein Einsatzschwerpunkt der Polizei. Rund um den Fähranleger am Osterdeich hielten sich in der Spitze 250 bis 350 Personen auf. Am Sonntag gegen 3.30 Uhr zog dort eine 17-Jährige ihre Kontrahentin zunächst an den Haaren zu Boden und trat ihr anschließend gegen den Hinterkopf und ins Gesicht. Die 19-Jährige erlitt leichte Verletzungen. Nach einer kurzen Flucht stellten Einsatzkräfte die Verdächtige.

Am frühen Sonntagmorgen, kurz vor 4 Uhr, hielt ein Unbekannter einen 33-jährigen am Fähranleger ein Messer an den Hals und forderte ihn auf, Bargeld und Handy herauszugeben. Beim Abwehrversuch verletzte ihn der Räuber an der Hand. Der Täter flüchtete anschließend mit dem entwendeten Handy stadtauswärts. Rettungskräfte versorgten den 33 Jahre alten Mann und brachten ihn zur Behandlung in ein Krankenhaus. Zeugenhinweise nimmt der Kriminaldienst unter Telefon 04 21/362 38 88 entgegen.

Am Sonntag kam es gegen 1.40 Uhr während einer Anzeigenaufnahme nach einer sexuellen Belästigung zu Sprechsängen gegen die Polizei. Ein 19-jähriger Bremer beleidigte dabei die Polizisten mit den Worten „ACAB“. Ihn erwartet eine Anzeige. Auf der Einsatzfahrt zu einer Schlägerei wurde ein Streifenwagen am Sielwall am Sonntag gegen 3.30 Uhr mit einer Flasche beworfen. (JF)

GARTENSTADT SÜD

Hoher Schaden bei Autobränden

Bremen. Zwei Autos sind in der Nacht zu Sonnabend in der Gartenstadt Süd ausgebrannt. Verletzt wurde niemand. Anwohner hatten gegen 22.45 Uhr einen brennenden Transporter an der Peter-Weiss-Straße bemerkt, das Feuer griff auch auf ein daneben geparktes Fahrzeug über. Einsatzkräfte der Polizei sperrten die Straße ab. Der Brand wurde durch die Feuerwehr gelöscht. An beiden Fahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen Brandstiftung aufgenommen und bittet um Zeugenhinweise unter der Telefonnummer 04 21/362 38 88. (JF)

OSTERTOR

Nach Überfall Tatverdächtige gestellt

Bremen. Eine Gruppe von fünf oder sechs jungen Männern hat in der Nacht von Freitag auf Sonnabend im Ostertor einen 29-jährigen überfallen und beraubt. Er war mit seiner Freundin gegen 2.20 Uhr in der Straße Beim Steinernen Kreuz unterwegs. Die Täter rissen ihm eine Goldkette vom Hals und stahlen außerdem die Armbanduhr. Die Polizei stellte wenig später in der Nähe sechs Verdächtige, auf die die Zeugenbeschreibung passte. Die gestohlene Uhr wurde in einem geparkten Auto gefunden. HPP